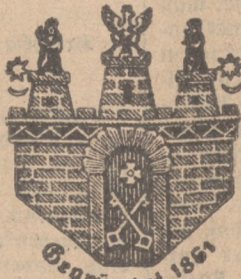


Posener Tageblatt



Bemaspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zł mit Zustellgeld in Polen 4.40 zł, in der Provinz 4.80 zł. Bei Postbezug monatlich 4.40 zł, vierteljährlich 13.10 zł. Unter Streichband in Polen und Danzig monatlich 6.— zł. Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rmk. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“ Poznań, Aleja Marja Biliubskiego 25, zu richten. — Telegrammanchrift: Tageblatt Poznań. Postfach Nr. 211/283. Breslau Nr. 6184. (Konto: „Zuk.“: Concordia Sp. Akc.) Fernsprecher 6106, 6276.

Anzeigenpreis: Die 84 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textzeile-Millimeterzeile (88 mm breit) 75 gr. Platzvorrat und schwebender Satz 50 % Zuschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anchrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt Anzeigen-Abteilung Poznań, Aleja Marja Biliubskiego 25. — Postfach Nr. 211/283 in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Buchdrucker und Verlagsanstalt Poznań Nr. 20283 in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań. — Fernsprecher 6276, 6105.

76. Jahrgang

Poznań (Polen), Donnerstag, 14. Januar 1937

Nr. 10

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen

Gestern ist in Warschau die deutsche Abordnung zur Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen, die unter Leitung des Botschaftsrats Dr. H e m m e n steht, eingetroffen. Von polnischer Seite nehmen an den Verhandlungen teil: der Direktor des Handelsdepartements im Handelsministerium Geppert, der Handelsrat an der Polnischen Botschaft in Berlin Prof. Rawita-Gawronski, der Abteilungsleiter im Landwirtschaftsministerium Bilch, Ministerialrat Dubomirski vom Finanzministerium und Ministerialrat Jawadowski vom Außenministerium. Von Seiten des Vertragsrates der polnischen Wirtschaft nehmen an den Verhandlungen der frühere Minister Szydlowski und Direktor Drozdowski teil.

Polnisches Generalkonsulat in Rom für Abessinien zuständig

Nach einer von der „Pat“ wiedergegebenen Meldung der Stefani-Agentur wurde der polnische Botschafter in Rom vom italienischen Außenminister empfangen, um im Namen seiner Regierung mitzuteilen, daß das polnische Generalkonsulat in Rom ermächtigt worden sei, das Gebiet Abessiniens als zu seiner territorialen Zuständigkeit gehörig zu betrachten.

Dazu meldet die „Gazeta Polska“ aus Rom: Ausgangspunkt für die Erweiterung der Befugnisse des polnischen Generalkonsulats in Rom, sind die Worte des Außenministers Bed, die er am 18. Dezember im Senat sprach, indem er darauf hinwies, daß für Polen die abessinische Frage mit dem Tage erledigt worden sei, an dem Polen die Sanktionen aufhob. Das ist im Juni des vergangenen Jahres geschehen, als sich angesichts der Beendigung des Krieges eine weitere Anwendung der Sanktionen als gegenstandslos erwies. Im Herbst haben dann die Großmächte, die besondere Interessen in Abessinien haben und in Addis Abeba ihre eigenen diplomatischen Vertretungen hatten, die Gesandtschaften in Generalkonsulate verwandelt, um auf diese Weise den Wandel ihrer Stellungnahme zu bekunden. Polen hat niemals besondere Interessen in dem entfernten Abessinien gehabt und beläßt auch dort keine Gesandtschaft. So ist denn die genaue Festlegung der Stellungnahme Polens zur neuen Lage in Abessinien erst anlässlich der Dezemberdebatte im Senat erfolgt. Eine logische Folge der damaligen Erklärung des Außenministers Bed ist die jetzige Erklärung des Botschafters Grafen Włocławski, durch die in formell-verwaltungspolitischen Hinsicht die Stellungnahme der polnischen Regierung, wie sie im Juni-Bechluss des Ministerrates und in der Dezember-Erklärung des Außenministers Bed bezeichnet worden ist, in Kraft gesetzt wird.

Personaländerung im Finanzministerium

Warschau, 13. Januar. Der Direktor des Geldverkehrsdepartements im Finanzministerium, Baczyński, ist zurückgetreten. Als mutmaßlicher Nachfolger wird Wiesław Domaniński, der einen leitenden Posten in der Auslandskredit-Abteilung einnimmt, genannt.

Schiffskatastrophe an der schottischen Küste

London, 13. Januar. An der Nordostküste Schottlands lief am Dienstag ein finnisches Motorschiff auf einen Felsen und sank unmittelbar darauf. Von den 39 Personen, die an Bord des 3400 Tonnen großen Schiffes waren, ertranken 32, darunter zwei Frauen, zwei Kinder und der Kapitän. Die übrigen erreichten in einem Rettungsboot die Küste.

Das Budget des Justizministeriums

Breßgegesetz in Vorbereitung

Die Dienstags-Sitzung des Hauptausschusses des Sejms war der Besprechung des Budgets des Justizministeriums gewidmet. Es referierte Abg. Sioda, der u. a. darauf hinwies, daß das Cherecht bisher noch nicht veröffentlicht sei, obwohl es eine brennende Notwendigkeit bilde. Es müsse daran gedacht werden, der oft angewandten Vermögensüberschreibung von einem Ehegatten auf den andern zur Schädigung der Gläubiger einen Damm entgegenzusetzen. Eine Schattenseite der Verhältnisse im Rechtsanwaltswesen sei der übermäßige Anteil der nationalen Minderheiten, namentlich in den Bezirken Warschau, Lemberg und Krasau. Bei der Ausarbeitung einer Novelle für die Rechtsanwaltsordnung sei ein Eingreifen des Staates notwendig. Eine glückliche Lösung dieses Problems werde mit einem tatsächlichen Nutzen für die nationalen Minderheiten verbunden sein, da sie ein normales Zusammenleben im Rahmen einer Berücksichtigung der berechtigten Interessen der polnischen Rechtsanwälte gestatten werde.

Justizminister Grabowski ergriff nach dem Referenten das Wort. Er bemerkte in seiner Rede u. a.,

daß die Zunahme an Häftlingen jährlich etwa 5000 Personen betrage.

Als Ursachen führt der Minister die gesteigerte umfängerische Tätigkeit fremder Agenten und die durch die schwierigen Lebensbedingungen hervorgerufene Demoralisation an. Die Regierung werde, wie der Minister weiter ausführte, vor keinem Mittel zurückschrecken, um gegen Korruptionen mit aller Strenge vorzugehen. Im Bereich der Personalfragen betonte der Minister die Arbeitsüberlastung der Richter und Staatsanwälte, wie auch ihre Benach-

teiligung in materieller Hinsicht. Verzweifelt sei die Lage der Gerichtssaplikanten, die im Uebermaß vorhanden sind. Es habe sich ereignet, daß ein Applikant während einer Gerichtsverhandlung vor Hunger zusammenbrach. Der Minister will eine Reform des Rechtsstudiums anregen. Die Unabhängigkeit des Richterberufs sei ein Dogma. Das gegenwärtige Niveau der jungen Rechtsanwälte entspreche nicht den Anforderungen. Die geplante Reform auf diesem Gebiete führt den Grundlag ein, daß erst die Beendigung der Gerichtsapplikatur die Möglichkeit zum Eintritt in die Rechtsanwaltsaplikatur gebe. Der Minister kündigte noch an, daß die Regierung demnächst einen

Gesetzentwurf über einen Wandel der Gerichtsverfassung bezüglich des Strafverfahrens und einen Gesetzentwurf über die Organisation des Gefängniswesens

einbringen werde. In Vorbereitung befände sich auch ein neues Breßgegesetz und ein Gesetz über die Stiftungen.

In der Diskussion berührte Abg. Walowski die Angelegenheit der Zeitungsbeschlagnahmen. Die Praxis zeige, daß die Beschlagnahmen seltener angewandt werden, aber man müsse feststellen, daß fast in jeder Stadt jedes Amt etwas anderes beschlagnahme. Man müsse die Praxis der Staatsanwälte in bestimmtere Normen kleiden.

Abg. Bakon verlangt andere Rechte für die Juden, die der jüdischen Psyche angepasst sein sollen. Er kündigt an, daß er beim Budget des Kriegsministeriums eine Befreiung der Juden vom Militärdienst verlangen werde, wobei er nur das Wohl Polens im Auge habe.

Der zweite Jahrestag der Saar-Abstimmung

Der 13. Januar zum Feiertag erklärt

Am heutigen 13. Januar jährt sich zum zweiten Male der denkwürdige Tag, da die Volksgenossen von der Saar sich wie ein Mann zum neuen Deutschland bekannten.

Das ganze Saarland stand schon am Vorabend völlig im Zeichen der Vorbereitungen für eine würdige Begehung dieses Tages. Nach einer Verfügung des Reichskommissars Bärkel ist der Erinnerungstag der Volksabstimmung für alle Zeiten im Saarland zum Feiertag erklärt worden. Den ganzen Dienstag über war die Bevölkerung bereits damit beschäftigt, ihre Häuser festlich zu schmücken. Die zahlreichen öffentlichen und privaten Gebäude erstrahlten bereits in festlicher Beleuchtung. Den Auftakt der Veranstaltungen bildete am Abend eine festliche Veranstaltung in der historischen „Rathausburg“, in der vor zwei Jahren in der denkwürdigen Nacht zum 14. Januar die Auszählung der Stimmen erfolgte. Namhafte deutsche Künstler brachten Meisterwerke der deutschen Musik zu Gehör. Die Veranstaltung wurde von mehreren deutschen Reichsfürstern übertragen. Außerdem fanden im ganzen Saarland Kameradschaftsabende statt, bei denen sich die alten Kämpen aus der Saar-Kampfzeit wieder trafen.

Besondere Festesfreude herrscht in Völklingen, das am Abstimmungsgedanktag durch den Zusammenschluß der Gemeinden Wehrden, Geislauren und Fürstenthausen zur Stadt erhoben wird, was die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches der Bevölkerung bedeutet. Gauleiter Bärkel wird heute die Erhebung Völklingens zur Stadt in feierlicher Form verkünden. Mit

35 000 Einwohnern wird sie eine der größten Städte des Saarlandes sein.

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen in Saarbrücken wird am Mittwoch nachmittag ein vom Befreiungsfeld ausgehender großer Erinnerungsmarsch durch die Straßen Saarbrückens stehen, an dem sich die Wehrmacht und alle Gliederungen der Partei beteiligen werden.

Am Morgen des 13. Januar wird am Grabe des von den Franzosen im Jahre 1919 erschossenen Eisenbahners Jakob Johannes in Anwesenheit des Führerkorps der Partei aus dem Gau Saarpfalz eine feierliche Kranzniederlegung stattfinden.

Auszeichnung Görings

Chef der SA-Wachstandarte „Feldherrnhalle“

Wie die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz mitteilt, wurde Ministerpräsident Generaloberst Göring zu seinem Geburtstag ein Geschenk zuteil, das ihn als alten SA-Führer besonders auszeichnet: der Oberste SA-Führer hat ihn zum Chef der SA-Wachstandarte „Feldherrnhalle“ ernannt.

Bischof Brombojcz

Dienstag nacht starb im Elisabethstift in Kattowitz der Weihbischof der Diözese Kattowitz Dr. Theophil Brombojcz an den Folgen eines langjährigen Mißleidens.

Belastungsproben der Kleinen Entente

Von Arlet Schmidt.

Die Kleine Entente wurde, wie erinnerlich, gegründet, um Ungarns Revisionswünsche niederzuhalten, die bulgarische Ohnmacht zu verewigen und die Rückkehr der Habsburger zu verhindern. Je länger je mehr hat es den Anschein, als ob Südslawien, ohne Zweifel der kräftigste Staat auf dem Balkan, immer stärkere Neigung zeigt, eigene Wege zu wandeln.

Die Aussöhnung mit Bulgarien ist auf dem besten Wege — die alte Streitfrage Mazedonien dürfte durch Lockerung des Druckes auf dieses Gebiet an Bitterkeit für die Bulgaren verlieren und das bulgarische Sehnen nach der Dobrußa und Dedeagatsch immer stärker werden lassen. Ersteres Ziel würde Bulgarien mit Rumänien und letzteres mit Griechenland in Gegensatz bringen und dadurch die Rückendeckung durch Südslawien um so notwendiger machen.

In letzter Zeit wird auch viel von einer jüdisch-ungarischen Annäherung gesprochen. Sollte wirklich nach der Verständigung mit Bulgarien auch eine Aussöhnung mit Ungarn gelingen, so hätte für Südslawien die Kleine Entente ihren Wert um so mehr verloren, als die Tschechien ganz in sowjetrussisches Fahrwasser abgelenkt ist, wovon bekanntlich die Belgrader Regierung nichts wissen will.

Die südslawische Politik hat um so größere neue Orientierungsmöglichkeiten, als der italienische Druck an der istrischen Küste nachgelassen hat. Das Engagement der italienischen Politik und Wirtschaft in Abessinien hat natürlich Belgrads ständige Furcht vermindert. Italien wolle seinem Anspruch auf das mare nostro einen starken Nachdruck verleihen. Dazu kommt, daß das Agrarland Südslawien aus wirtschaftlichen Gründen damit rechnen muß, in Mitteleuropa den

Schließung der Universität in Wilna

Warschau, 13. Januar. Nachdem im Zusammenhang mit den Kundgebungen gegen das Ueberhandnehmen des Judentums ein fürzlicher Versuch des Rektors der Universität Wilna gescheitert ist, eine Verpflichtung der Studentenschaft zur Aufrechterhaltung der Ruhe bei Wiederaufnahme der Vorlesungen zu erhalten, haben der Universitätsrektor und der Prorektor ihren Rücktritt erklärt. Auf Anweisung des polnischen Kultusministers ist daraufhin die Wilnaer Universität, an der die Vorlesungen bisher nur aufgeschoben waren, geschlossen worden.

Bei einer Wiedereröffnung der Universität müßten sich demnach alle Studenten erneut inisribieren lassen.

Zwischenfälle an den Warschauer Hochschulen

Warschau, 13. Januar. Am Dienstag konnte man an den Warschauer Hochschulen einen geringeren Besuch der Vorlesungen seitens der Juden feststellen. Es kam zu einigen Zwischenfällen auf der Universität, wo ein Mitglied der „Legion Młodoch“ verprügelt wurde, und in der Handelshochschule, wo einige Juden mit Gewalt aus den Hörsälen entfernt wurden.

Entspannung in der Marokko-Frage

Das BÜNGENGEBÄUDE endgültig zusammengestürzt

besten Abnehmer seiner Produkte zu finden.

Zieht aber wirklich, was nicht undenkbar erscheint, an allen Grenzen Südslawiens Ruhe und Frieden ein, so wird die Notwendigkeit, sich durch das Bündnis, die Kleine Entente, vor politischen Gefahren zu sichern, immer geringer. Im Gegenteil, es wäre denkbar, daß die Belgrader Regierung zu der Ansicht kommen könnte, die Kleine Entente sei seit Abschwenken der Tschchoslowakei in das sowjetrussische Lager weniger eine Sicherung vor politischen Konflikten, als eine Gefahr, in politische Streitigkeiten gezogen zu werden, die für Südslawien kein Lebensinteresse hätten.

Die Belgrader Regierung beginnt sich — und das ist kein Zufall — auch Polen zu nähern; denn diese Macht steht nicht nur in besten Beziehungen zu Ungarn und neuerdings auch zu Rumänien, sondern hat sich ostentativ von der Tschchoslowakei distanziert. Sollte die Warschauer-Belgrader Fühlungnahme Erfolg haben, so würde das eine weitere Belastungsprobe für die Tragfähigkeit der Kleinen Entente bedeuten. Während sich Prags politische Ideale immer stärker nach Paris und Moskau orientieren, also vom Balkan fortzuführen, ist bei Südslawien das Umgekehrte der Fall. Durch die Verständigung mit Bulgarien ist sein Interesse an den Angelegenheiten des Balkans angewachsen, und eine Regulierung der Beziehungen zu Ungarn würde die Vorbedingungen für die Kleine Entente außer Kraft setzen.

Die Zeiten, in denen Titulescu, Jędrzejowski und Benesch als die drei allmächtigen Außenminister der Kleinen Entente deren Politik leiteten und stets dafür sorgten, daß sie mit der französischen im gleichen Schritt blieb, — sind vorüber und dürften nicht so bald wiederkehren. Die neuen Männer in Rumänien und Südslawien gehen andere Wege, nur die Prager Außenpolitik ist auch unter dem neuen Leiter, Krokta, der alten Linie der Kleinen Entente treu geblieben.

Nun kommt noch hinzu, daß der tschechischen Politik nicht nur durch ihre Fühlungnahme mit Sowjetrußland Gefahr droht, in die weltpolitischen Händel hineingezogen zu werden, sondern der „vollgestopfte Wurst“, wie der englische Publizist Garvin die Tschchoslowakei despektierlich nennt, könnte Ungarns revisionistische Frage große Schwierigkeiten bereiten. Nicht mit Unrecht übte dieser angesehenen englische Publizist im „Observer“ scharfe Kritik am Vertrag von Trianon, wobei er die Ansicht vertrat, daß, solange nicht gegenüber Ungarn das schwere Unrecht beseitigt sei, es in Europa keinen wahren Frieden geben könne. Nun hat es die Prager Regierung immer wieder betont, daß für sie jede Revision der Grenzen den Krieg bedeuten würde; unter den jetzigen Umständen dürfte die Belgrader Regierung wenig Neigung zeigen, für die Unverschränktheit des tschechischen Staates ihr Schwert zu ziehen, sollte Sowjetrußlands Politik die Prager Regierung in die Konflikte hineingezogen haben.

Schließlich hat sich auch die Stellungnahme der drei Regierungen zu der Habsburger Frage verschoben. Während Bukarest und Belgrad nach wie vor erklären, die Rückkehr der Habsburger nach Wien bedeute den Krieg, ist man in Prag eher geneigt, sich mit den Habsburgern in Wien auszusöhnen, da dadurch der Abdruck des Anschlusses an Deutschland von den tschechischen Politikern genommen würde. In Bukarest und Belgrad wiederum wäre man äußerstenfalls bereit, den Anschluß zu konzedieren, falls dadurch die Habsburger Frage ein für allemal liquidiert würde; ja in wirtschaftlicher Beziehung würde man eine solche Entwicklung nicht ungern sehen, weil ein Großdeutschland ein noch besserer Abnehmer der landwirtschaftlichen Produkte des Balkans werden würde. Besonders in Südslawien, das dann Grenznachbar von Deutschland würde, vertritt man sich von einem solchen großen Wirtschaftskörper große Entwicklungsmöglichkeiten. Also auch in dieser Frage beginnen sich die Neue Rumäniens und Südslawiens von der Prager Politik zu trennen.

Ob unter solchen Umständen die Kleine Entente noch lange einen außenpolitischen Machtfaktor darstellen wird, bleibt dahingestellt. Fürs erste genügt der Hin-

Paris, 13. Januar. Die Entspannung, die in der Marokko-Frage eingetreten ist, hat sich in Paris im Laufe des Dienstag merklich verstärkt. In einigen Blättern findet man sogar mehr oder minder deutliche Bemerkungen und Andeutungen, die im Widerspruch zu den bisherigen Behauptungen der französischen Presse, über angebliche deutsche Absichten über Spanien-Morokko stehen. Im allgemeinen versucht man jedoch das Gesicht zu wahren und aus dieser für Frankreich wenig rühmlichen Angelegenheit noch insofern Kapital zu schlagen, als man behauptet, daß die Beilegung des Streifalles einzig der entschlossenen Haltung der französischen Regierung und der französisch-englischen Zusammenarbeit zu verdanken sei.

„Petit Parisien“ erklärt, die bedeutungsvolle Entspannung erstreckte sich zunächst nur auf einen beschränkten Gegenstand, auf Spanien und Spanisch-Marokko.

Wenn diese Entspannung aber andauere, sei die Atmosphäre für die Prüfung weiterer Fragen, die nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern die meisten Großmächte angingen, vorbereitet.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ ist unzufrieden und findet, François-Poncet hätte besser getan, nicht zu eilig seine Zufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.

„Le Jour“ erklärt, daß ein Schritt zur Entspannung zwischen Paris und Berlin getan sei, aber man müßte sich vor der doppelten Gefahr hüten, die Berliner Erklärungen zu überschätzen oder zu unterschätzen.

Rückwirkung der Entspannung auch auf die polnische Presse

Warschau, 13. Januar. Nachdem in Paris eine deutliche Entspannung in der Marokko-Frage eingetreten ist, und wie „Gazeta Polska“ meldet, den Vertretern der Presse gelegentlich der üblichen Presskonferenz am Quai d'Orsay mit Betonung erklärt worden ist, daß man amtlicherseits den Zwischenfall als endgültig abgeschlossen ansieht, wird unter dem Eindruck der Beruhigung der französischen Presse nunmehr auch in diejenigen polnischen Blätter zum Rückzug geblasen, die am Dienstag noch an den Heftigkeiten gewisser französischer Blätter festzuhalten suchten. Auch die Zeitungen, die ausgesprochen in französischem Fahrwasser legten, müssen heute zugeben, daß die Versicherung des Führers und Reichkanzlers den Beginn einer europäischen Entspannung bedeutet.

François-Poncet berichtet

Paris, 12. Januar. Der Berliner Botschafter, François-Poncet, ist heute vormittag 9.50 Uhr in Paris eingetroffen. Er hat sich sofort vom Nordbahnhof zum Quai d'Orsay begeben, wo er von Delbos empfangen wurde und eine erste Fühlungnahme mit den Abteilungsleitern des Außenministeriums hatte.

In seinen Besprechungen hat er die „Auffrischung und Spontanität“ hervorgehoben, mit welcher der Führer seine Ansprache gehalten und im Gespräch seine Friedenswünsche zum Ausdruck gebracht habe.

François-Poncet wird in den nächsten Tagen noch Léon Blum sehen und weitere Besprechungen mit einigen Mitgliedern des Kabinetts haben. Es verlautet, daß er sich jedoch nur kurz in Paris aufhalten und bald auf seinen Posten zurückkehren werde.

Frankreichs Haltung in der Nichteinmischungsfrage

Paris, 12. Januar. Am Donnerstag vormittag findet ein Ministerrat statt. Außenminister Delbos wird eine Vorlage unterbreiten, durch die die Regierung die Befugnis erlangen soll, die spanische Grenze wirksam zu bewachen, die Anwerbung von Freiwilligen und die Entsendung von Kriegsmaterial für Spanien zu verhindern. Die Vorlage wird nach etwaiger Annahme durch den Ministerrat unverzüglich im Parlament eingebracht werden.

weis, daß die auseinanderstrebenden Richtungen im Lager der Kleinen Entente immer stärker werden, die die Prager Regierung nach Europa hin, die bei den anderen Mitglieder aber zum Balkan hin orientieren. Solch ein Auseinanderklaffen der Interessen der eng verbündeten Mächte bedeutet aber eine schwere Belastungsprobe für die Tragfähigkeit der Kleinen Entente, von der man jetzt noch nicht sagen kann, wie sie auslaufen wird.

Unverschränkte Forderung Moskaus

Britische Flotte soll für russische Dienste gebraucht werden

London, 12. Januar. Wie „Evening News“ heute abend berichtet, hat Moskau durch Botschafter Malin dem britischen Außenminister Eden das Ersuchen übermittelt, „gegen das Piratentum General Francos im Mittelmeer vorzugehen“. Das Blatt schreibt dazu, es sei eine Unverschränktheit Rußlands, die britische Flotte für russische Dienste gebrauchen zu wollen.

London, 12. Januar. In London wird die Meldung bestätigt, daß der sowjetrussische Botschafter Malin dem Außenminister Eden vorgeschlagen hat, die britische Flotte solle sich an einer „internationalen Aktion“ für Beendigung der Tätigkeit der Seestreitkräfte der spanischen Nationalregierung im Mittelmeer beteiligen.

Außenminister Eden hat, wie verlautet, zwar versprochen, die Angelegenheit zu erwägen, gleichzeitig aber auch erklärt, daß er sich in keiner Weise zu irgend etwas verpflichten könne, bevor die Frage sorgfältig erwogen und mit dem Kabinett besprochen worden sei.

Neue Lieferungen Rußlands

London, 12. Januar. Im Hafen von Santander herrschte am Dienstag wieder lebhafter Betrieb. Zunächst traf der sowjetrussische Dampfer „Turtib“ ein, der vorher Bilbao an-

gelaufen hatte. Außer einer neuen Waffenladung hatte er auch „Geschenke“ für den roten Nachhaher in Bilbao an Bord. Etwas später traf in Santander ein dänischer Dampfer ein, der nach einem Reuterbericht Waffen für die Bolschewisten brachte. Eine weitere Meldung besagt, daß es den Nationalisten gelungen ist, ein sowjetrussisches „Lebensmittel“-Schiff abzufangen, so daß es Santander nicht mehr erreichen konnte.

Sabotage der Freiwilligenfrage

London, 12. Januar. Nach einer Reutermeldung aus Valencia wird gegenwärtig von den Bolschewisten der Entwurf einer Verordnung zur Naturalisierung von Ausländern geprüft. Die Bolschewisten scheinen mit der Fertigstellung der Verordnung große Eile zu haben, weil drei „Minister“ mit der Ausarbeitung ihrer Einzelheiten beschäftigt sind. Der Entwurf soll schon bei nächsten Sitzung der bolschewistischen Machthaber vorgelegt werden.

Daß mit der Naturalisierung der Ausländer die Absicht verfolgt wird, die Freiwilligenfrage vollständig zu verwirren und ihre Lösung zu vereiteln, bedarf kaum einer Erwähnung.

Nichts Neues von den Fronten

Salamanca, 13. Januar. Der Heeresbericht des obersten Befehlshabers in Salamanca meldet am Dienstag, daß von den Fronten nichts Neues zu berichten ist. In den einzelnen Frontabschnitten liefen insgesamt etwa 50 Rohmilizen zu den Nationaltruppen über.

Scharfe Kritik an der Politik Léon Blums

Herriot wieder Kammerpräsident

Paris, 12. Januar. Kammer und Senat trafen am Dienstag nach den Weihnachts- und Neujahrsferien zum ersten Male wieder zusammen. In beiden Häusern hielt der Alterspräsident die Eröffnungsrede, die in der Kammer nur von geringem Interesse war, während sie im Senat eine

heftige Kritik an der Regierungsführung der Volksfront

darstellte.

Der rechtsgerichtete Senator Darnaud gab zunächst einen Rückblick auf die verflochtenen 3 Jahre, die vor allem der finanziellen Wiederaufrichtung Frankreichs gedient hätten, und griff dann den Ministerpräsidenten scharf an. Blum habe in seiner Regierungserklärung eine neue Ära angekündigt. Diese neue Ära aber sei nicht auf einer gesunden Grundlage aufgebaut worden. So stelle das Finanzprogramm eine Utopie dar. Habe man doch feierlichst versichert, man werde nicht an dem Franken rühren. Heute sei der Franken nur noch 13 1/2 Centimes wert.

Die neue Ära habe nicht die verschiedenen sozialen Konflikte beilegen können, die von unverantwortlichen Drahtziehern herausbeschworen worden seien.

Man habe ein Vertrauen vorausgesetzt, das nicht vorhanden sei. Auch die Anzahl von improvisierten Belegen, die unter dem Druck der Ereignisse in Tag- und Nachtstunden von einem der Regierung, die selbst von den Massen regiert werde, dienstbar gemachten Parlament verabschiedet worden seien, sei nicht geeignet, das Vertrauen wiederherzustellen. Auf außenpolitischem Gebiet sei die Lage allerdings klarer, wofür der Redner dem Außenminister volles Lob zollte.

In der Kammer gab der Abgeordnete der republikanisch-sozialistischen Vereinigung, Salles, dem Wunsche einer Aufrechterhaltung des Friedens Ausdruck:

Er behauptete, in der augenblicklich so ersten Lage könne Frankreich wenigstens darüber beruhigt sein, daß es keinerlei Verantwortung trage (!). Es habe durch seine Mäßigkeit (!) bei den berechtigten Forderungen (!), durch eine verständliche Haltung (!) und durch seine manchmal sogar übertriebene Nachgiebigkeit seinem Friedenswillen (!) Ausdruck gegeben.

Nach einer Sitzungsunterbrechung verteilte der Alterspräsident das Ergebnis der Wahlen für das Kammerpräsidium und die Beisitzer. Mit 384 Stimmen wurde Eouard Herriot wiederum zum Präsidenten der Kammer gewählt. (Bei seiner ersten Wahl im Juni 1936 erhielt er 377 Stimmen).

Zu Vizepäsidenten wurden gewählt: Abgeordneter Albert Paulin (Sozialist) mit

340 Stimmen, Hippolyte Ducos (Radikalsozialist) mit 335 Stimmen; Abgeordneter Morin (Sozialist) mit 326 Stimmen; Jacques Duclos (Kommunist) mit 295 Stimmen; Léon Baretz (Linksrepublikaner) mit 211 Stimmen und als sechster Vizepäsident Eouard Soulier (Republikanische Vereinigung) mit 191 Stimmen.

Gleiche Brüder - gleiche Kappe n

Engste Verbindung zwischen sowjetrussischen und französischen Freimaurern.

Warschau, 12. Januar. Die seit vielen Jahren bestehende enge Verbindung zwischen den sowjetrussischen und französischen Freimaurern geht nach hier aus Moskau eingetroffenen Berichten aus sensationellen Einzelheiten der Anlagenschrift gegen Nadel, Platakow und Genossen hervor. Danach war Nadel „Meister vom Stuhl“ der Sowjetfreimaurerloge „Stern des Nordens“. Zu dieser Loge gehörten eine Reihe führender sowjetrussischer Diplomaten sowie zwei Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, deren Namen streng geheimgehalten werden.

Dieser Loge komme das Verdienst der Anknüpfung enger Beziehungen zu ausländischen Freimaurerkreisen zu.

Insbondere sei engste Fühlung mit französischen Freimaurern genommen worden, um so zum Schrittmacher für die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu werden. Gegen Nadel und die von ihm geleitete Loge sei offenbar deswegen eingeschritten worden, weil ständige Beziehungen zu Trotski mit Hilfe anderer Freimaurerlogen im Ausland unterhalten werden.

In Moskau rechne man damit, daß im Verlauf des Prozesses die Tätigkeit der Freimaurerlogen möglichst wenig berührt werde, damit die Fäden zu den entsprechenden französischen Freimaurerkreisen, die sich für die Sowjetunion so vorteilhaft erwiesen, nicht aufgedeckt werden.



Wer Zeitung liest

Schaut in die Welt -

Spart dabei Geld!

Die Juden und die politische Neuordnung in Polen

Im Zusammenhang mit der Diskussion, die in der polnischen Presse über die künftige Gestaltung der politischen Kräfte in Polen entbrannt ist, beschäftigt sich Prof. Rybarski im „*Wiadomości Polityczne*“, dem Spitzorgan der Nationaldemokraten, mit dem jüdischen Problem. Er führt u. a. folgendes aus: „Ein Teil der polnischen Presse — vielleicht nicht nur der Presse — beschäftigt sich mit der Frage der Bildung der sogenannten demokratischen Front, oder einer künftigen Ausgabe der Volksfront. Diese Idee wird von den Juden nicht erst seit gestern eifrig unterstützt. Sie sind bereit, wieder „Demokraten“ zu werden, und versichern, daß sie es im Grunde immer gewesen sind. Die polnische Demokratie „begreife“ es, daß die Unterstützung der Sanacja-Regierungen durch die Juden nur eine von den Ereignissen auferlegte Notwendigkeit gewesen sei. Kurzum: sie sind bereit, die eifrigsten Herolde der Demokratie zu werden. Aber diese neu empfundene Liebe zur Demokratie bei diesen Verteidigern von Freiheit und der Diktatur ist keine Liebe, die umsonst gehegt wird. Sie sind bereit, zu helfen und zu vermitteln, aber unter der Bedingung, daß die demokratische Front einen wichtigen Punkt ihres Programms annimmt, nämlich den Kampf gegen den Antisemitismus. Und wieder stellen die Juden hier als Staat im Staat ihre Forderungen auf und wollen wieder der Faktor sein, der die Richtung der polnischen Innenpolitik bestimmt. Man weiß nicht, wie sich die politischen Beziehungen in nächster Zeit gestalten werden. Manchem scheint es, daß alles zu dem zurückkehrt, was früher war.“

Verschiedene Politiker, nicht nur Sozialisten, geben sich der Täuschung hin, daß es ihnen gelingen werde, dank der offenen oder stillen Unterstützung der Juden an die Oberfläche zu kommen.

Gewisse politische Spekulanten rechnen damit, daß sie verschiedene Fronten werden bilden können, die zur Judenfrage keine klare Stellung einnehmen und trotzdem im polnischen Volk Unterstützung finden werden. Auf keinen Fall kann der Wandel, der kommen wird, eine Rückkehr zu Verhältnissen bedeuten, bei denen die Juden das Jünglein an der Waage sind, das bei Wahlen und in den Kammern entscheidet. Die Juden wollen alle Kräfte gegen das nationale Lager mobil machen. Aber diese Mobilisierung wird nicht gelingen. Denn es ist schon viel Wasser, das die Weichsel heruntergelaufen ist, seit der Zeit, da solche Stützen möglich waren. Vieles hat sich geändert, vor allem im polnischen Volk selbst. Das sollen sowohl die Juden, als auch die verschiedenen Verfasser der „nationalen Einheit“ bedenken.

Für uns bedeutet Einheit nicht nur eine Verständigung der formell polnischen Elemente, sondern sie ist für uns eine Vereinigung des Volkes, bei deren Grundlagen ein ausdrückliches Programm in der jüdischen Frage liegt.

Die Tatsache, daß die Juden ein abgegrenzter Faktor sind, muß ihren politischen Ausdruck finden. Jedenfalls erklären wir uns niemals damit einverstanden, daß ein internationaler Faktor, der so etwas wie einen Staat im Staat darstellt, die Richtung unserer Außen- und Innenpolitik bestimmt.“

Um eine politische Aufbaum

Der „*Kurjer Polski*“, das Organ der Schwerindustrie, versucht in einem Leitartikel die Frage zu beantworten, welchen Weg das politische Leben in Polen in Zukunft einschlagen müßte. Wir lesen dort:

„Es scheint uns, daß man die von einigen Schwärmern der Demokratie empfohlene Methode, die die Zentren der Staatsgewalt bedeckende Eiskruste im ersten Anlauf aufzubrechen, ablehnen muß. Die dazu nötigen Sonnenstrahlen sollen in einem Wahnwitz befehen, das dem Volk einen gleichen und unmittelbaren Anteil an der Staatsregierung gibt. Wenn diese Forderung heute gestellt wird, dann ist das gleichbedeutend mit dem Wunsch, Funktionen, die eine Universitätsbildung erfordern, Männern zu übertragen, denen selbst die Möglichkeit genommen ist, die Mittelschule zu absolvieren. Alles spricht dafür, daß solche Männer viel Schaden anrichten können, und daß man ihnen früher oder später die Praxis würde entziehen müssen.“

Ein so demokratischer Vorfrühling, wie man ihn sich ausmalt, würde weit beklagenswerter in seinen Folgen sein als der Vorfrühling der ersten Unabhängigkeitsjahre.

Bald würde eine neue Diktatur entstehen. Eine Nebenrolle würde dabei der Umstand spielen, ob sie von jüdischen oder von westlichen Winden

gebracht würde. Der Prozeß der Aufbaum der politischen Idee muß bei den einfachsten Quellen beginnen. Von der Erweiterung des Bereichs der Freiheiten des Bürgers in seinem Eigenleben über die Erweiterung dieses Bereichs im Gemeinschaftsleben führt der Weg zu demokratischen Formen in der Staatsregierung. Nur durch ein allmähliches Austreten der verantwortungsvollen Lebensgebiete können wir zu einer klugen Demokratie gelangen, d. h. einer solchen Demokratie, die alle Gebiete mit schöpferischer Expansion erfasst.

Ein autoritatives System, das diese Klugheit nicht besitzt, ein System, dessen Ideal die längste Herrschaftsdauer ist, muß in die Leere greifen.

Ein Winter, der zu lange dauert, kann die fruchtbarsten Gebiete zerstören. Eine Demokratie aber, die, anstatt um diese autoritative Klugheit zu kämpfen, eine sofortige, möglichst breite Entwicklung verlangt, handelt unvernünftig; für die Täuschung eines Vorfrühlings bezahlt sie mit einem noch schwereren Winter. Wir sind nicht in der Lage, die Geburt eines wahren, schöpferischen demokratischen Frühlings hinauszuschieben zu können.“

Die Ansicht eines katholischen Demokraten

Der „*Wiadomości Polityczne*“, der von dem Juden Mustatenblüh herausgegeben wird, veröffentlicht eine Unterredung mit Herrn Kostowski, dem politischen Redakteur des „*Kurjer Warszawski*“, dem früheren Senator, der die bedeutendsten Kreise der katholischen Demokratie vertritt. Dort heißt es:

„Der Weg zum demokratischen parlamentarischen System, dessen Anhänger ich bin, führt heute in Etappen. Die Bürgerschaft muß sich erst den neuen Verhältnissen, die durch eine zehnjährige Unterbrechung hervorgerufen wurden, anpassen. Der erste Schritt der Rückkehr zur Demokratie ist eine neue Wahlordnung.“

Der Katholizismus ist, wie keine andere Richtung, Gegner und muß auch Gegner

„Kampf gegen die Expansion der Deutschen“

Der Schützenverband entdeckt die „deutsche Gefahr“

Wir lesen im „*Wiadomości Polityczne*“ unter der Überschrift „Der Kampf mit der Expansion der deutschen Elemente“ den Schützenverband in der Westmark auf nachstehenden Artikel, den wir seiner Bedeutung wegen im Wortlaut wiedergeben:

„Auf Betreiben des 7. Bezirkskommandos des Schützenverbandes wurde vom Vorstand und Kommando des Schützenverbandes für den Kreis Obornik am 9. und 10. Januar in Rogasen eine zweitägige Konferenz abgehalten, die besonders für Schützenverbandsvertreter aus den nordwestlichen Kreisen bestimmt war. Die Tagung, an der etwa 75 Delegierte aus Obornik, Kosten, Samter, Birnbaum, Czarnikau, Ronin, Neutomischel, Gnesen und dem Posener Kreise teilnahmen, war der Frage der Festigung des Polentums im westlichen Grenzgebiet und der Stellungnahme des Schützenverbandes zu der sich in einem schnellen Tempo entwickelnden Aktion der deutschen Minderheit in Westpolen gewidmet.“

Das erste programmatische Referat hielt Herr Maciejewski als Vertreter des polnischen Westverbandes, in dem er das Problem der deutschen Minderheit in den westlichen Wojewodschaften eingehend erörterte. Der Referent zeigte auf Grund statistischer Angaben und Berechnungen, daß der deutsche Besitzstand von Tag zu Tag zunimmt (?), daß die organisatorische Spannkraft in den westlichen Wojewodschaften wohnenden Deutschen den Interessen des polnischen Volkes gefährlich werde. Das ständige wachsende deutsche Privatbesitzwesen (?), das Genossenschaftswesen und die zunehmende Zahl der deutschen Minderheitsorganisationen seien Warnungen vor der

planmäßig fortschreitenden germanischen Expansion.

Das sachlich ausgearbeitete Referat wurde in der lebhaft geführten Debatte weiter entwickelt.

Am Sonntag begannen die weiteren Beratungen mit einem Referat des Herrn Pawula, der die Stellungnahme des Schützenverbandes zum Problem der deutschen Minderheit erörterte. Dieses Referat sollte in der Diskussion die

aller Pläne derjenigen Gruppen oder Männer sein, die sich mit der Absicht trugen, in Polen das z. B. in Deutschland mit solch furchtbaren Folgen angewandte System einzuführen.

Diese Gruppen, von denen politische Kämpfe propagiert werden, die leicht in einen Bürgerkrieg ausarten können, sind schädlich. Eine politische Richtung, die aufrichtig von katholischen Parolen durchdrungen ist, muß auch über die Lösung der Nationalitätsfragen anders denken, als es sich die Gruppen vorstellen, die sich zu totalen Forderungen bekennen. So muß z. B. die jüdische Frage ruhig und evolutionsmäßig gelöst werden. Der Katholizismus wird keineswegs vor der Lösung dieser

Moskau hekt in U. S. A.

Wird John Lewis Amerikas roter Diktator?

Von Harry Windemuth, New York.

Der Streik bei General Motors läßt fast befürchten, als stünden wir hier bald inmitten eines gewaltigen Kampfes zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum, eines Kampfes, der das wirtschaftliche Gefüge der USA bis in seine Grundfesten zu erschüttern imstande ist. Bei einer Arbeitslosenziffer von noch immer 9 Millionen in den Vereinigten Staaten ist die Gefahr starker sozialer Probleme hier begreiflicherweise kein Wunder. Bereits der im November v. Js. ausgebrochene Streik der Seeleute und Hafenarbeiter ließ allerhand ahnen. Er wurde mit großer Heftigkeit geführt, konnte jedoch bisher noch nicht liquidiert werden. Wie ein schmelzendes Feuer brennt er unter der Oberfläche weiter. In den letzten Tagen des alten Jahres trat nun in der wichtigsten Schlüsselindustrie des Landes, der Autoindustrie, die neue gewaltige Spannung ein. Es ist bezeichnend für die Größe des Streikes und für die Absichten seiner Drahtzieher, daß man sich gerade den wichtigsten Konzern der Autoindustrie aussuchte, die General Motors Corporation, die über etwa 70 Großbetriebe in zahlreichen Staaten der Union verfügt. In dem gewaltigen Aufbau dieses Unterneh-

mens ist alles enthalten, was zur Herstellung eines modernen Autos nur irgendwie gehört. Da finden wir neben den Karosseriewerkstätten und den Motorenfabriken, der Spiegelglasfabrik und Polsterwerkstätte, neben der Lederfabrik die Betriebe für die Herstellung von Ersatzteilen. Räumlich liegen diese Werke natürlich weit auseinander, ein Umstand, der dazu führt, daß die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Gebieten durchaus verschieden gelagert sind.

Die Verwaltung dieses Konzerns ist naturgemäß etwas bürokratisch — das bedingt schon sein riesiger Umfang — aber sie ist sozial unanfechtbar. Die Arbeiter werden ausreichend entlohnt und sie genießen auch die Vorteile der zahlreichen sozialen Einrichtungen des Unternehmens. Die Forderungen, die von Arbeiterseite erhoben werden, wie Verlangsamung des laufenden Bandes, fünf-tägige Arbeitswoche mit insgesamt 30 Stunden usw. bilden auch nur ein soziales Mäntelchen, um die Hauptforderung zu tarnen. Diese geht dahin, daß es der Gewerkschaft der Automobilarbeiter gestattet sein solle, Kollektivverhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen zu führen, ihr also einen ausgesprochenen Monopolcharakter auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Diese Forderung bildet den Kernpunkt aller jener nach dem industriellen Prinzip geleiteten Gewerkschaften, die sich unter ihrem Führer John Lewis zusammengefasst haben. Er war es, der im Herbst v. Js. einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung der USA trieb und sich von seinem damaligen Vorgesetzten Green trennte. Neuerlich schien es sich auch damals um organisatorische Fragen zu handeln, in Wirklichkeit aber war es ein Machtkampf, bei dem persönlicher Ehrgeiz eine wesentliche Rolle spielte.

Die größte amerikanische Gewerkschaft, die unter der Leitung des bekannten gemäßigten Arbeiterführers Green stehende „Federation of Labour“ stellt eine Zusammenfassung aller in ihr vereinigten Gewerkschaften nach dem Prinzip der beruflichen Gliederung dar. Es werden z. B. alle Schmiede, Schlosser, Metallarbeiter, Tischler usw. erfasst, ganz gleich in welchem Industrie- oder Gewerbebezweige sie sich befinden. Die von Lewis geleitete Gewerkschaft der Bergarbeiter, die den Ausgangspunkt seiner heutigen an Umfang stark gewachsenen Organisation bildet, ist nach dem Grundgedanken der sogenannten industriellen Zusammenfassung aufgebaut. Sie enthält die Vertreter einer bestimmten Wirtschaftsgruppe, dann aber auch alle ihr zugehörigen Vertreter. Während also in der Federation of Labour alle Schlosser in der amerikanischen Wirtschaft zusammengefasst sind, also die im Automobil- und Maschinenbau, im Schiffbau und im Bahnbau, sucht die nach dem Industrieprozess geleitete Gewerkschaft alle Angehörige eines bestimmten Industriezweiges, also im Autobau alle Schlosser, Metallarbeiter, Motorenbauer, Glaser, Polsterer, Monteure usw. zu erfassen. Es ist klar, daß vom innerpolitisch strategischen Gesichtspunkt aus eine solche Gewerkschaft weit schlagfertiger ist. Hinzu kommt, daß Lewis ein guter Organisator und ein auf die Masse wirkender Redner ist. Seine organisatorische Fähigkeit hat er in dem Kampfe gegen Green bewiesen, den er durch die Schaffung eines Ausschusses für Industrieorganisation zu seinen Gunsten entschied. Sein taktisches Geschick beweist er zuletzt durch die Wahl des Zeitpunktes seiner Kriegserklärung und durch die Schaffung eines Ausschusses für Streikstrategie, einer Art gewerkschaftlichem Generalstab, der je nach der Entwicklung des Kampfes die anderen Gewerkschaften ins Feld führen wird.

In der Erkenntnis der Gefährlichkeit des Vorgehens haben die amerikanischen Industrie- und Gewerkschaften abgelehnt Alfred Sloan, der Leiter der General Motors, erklärte, daß er die Gewerkschaft nicht als

Methoden der Gegenaktion herausarbeiten. Der Referent stellte u. a. fest, daß gleichlaufend zum Rechtszustand, der die Fragen der deutsch-polnischen Politik regelt und in gewisse konkrete Normen faßt, sich ein Zustand des tatsächlichen völkisch-kulturellen Konflikts zwischen der deutschen Minderheit und den Polen entwickele.

Die konsequente Verwirklichung des Mythos der germanischen Kraft untergrabe die Autorität der polnischen Behörden bei der Bevölkerung, der aus dem Titel des Rechts und der Tradition die Verwaltung dieses völkischen Bodens zusteht.

Die Deutschen gewinnen in vielfacher Weise das Vertrauen der Leichtgläubigen. Sie geben Beihilfen für die Armen, für die Arbeitslosen und für den Landesverteidigungsfonds; sie veranstalten sogar Weihnachtsfeiern für polnische Kinder, nur um die polnischen Bürger und Behörden für sich zu gewinnen. Sie veräußern aber nicht, bei jeder Gelegenheit den in ihrem Besitz befindlichen Boden zu vergrößern: sie verstärken und erweitern vor den Augen der Behörden — selbst in den Grenzfällen — den deutschen Besitzstand, indem sie jeden Fußbreit Boden dem polnischen Landwirt, der von der Steuerlast bedrückt wird, abkaufen.

Als Antwort auf den Übermut der deutschen Organisationen wurde beschlossen, auf Schrift und Trift die Kraft des Schützenverbandes zu bekennen, sich in größeren Organisationsgruppen zu vereinigen und mit Härte und Entschiedenheit der gefährlichen Aktion der deutschen Minderheit eine gezielte Verbandsarbeit entgegenzustellen.

Die Diskussion über das Referat des Herrn Pawula zeigte die einmütige Denkmärke aller, die das Wort ergriffen und die Gefahr in den Beständen betonten.

Beim Lesen dieses „Berichts“ kann uns Deutschen sogar vor uns selber grauen. Wir haben bis dahin nicht gewußt, wie schlecht und gefährlich wir sind. Seht, wissen wir es. Der Schützenverband hat es uns durch Vermittlung des „*Wiadomości Polityczne*“ gesagt.

einigen verhandlungsfähigen Partner anerkennen könne. Er weist auf die Vielgestaltigkeit des Betriebes mit seinem ganz unterschiedlichen Arbeitsbedingungen hin und behauptet, daß der ganze Streik auf die Mächenschaften einer Gruppe von Diktatoren zurückzuführen sei, deren Gegner Lewis sei. Es geht, so erklärte er, ja gar nicht darum, bessere Lebensverhältnisse für die Arbeiter zu finden, sondern darum, den Bestand des amerikanischen sozialen Aufbaues zu erschüttern.

Mit dieser Feststellung hat Sloane zweifellos recht. Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Moskau die treibende Kraft in diesem Kampfe ist, den es bereits durch bedeutende Geldsummen finanzierte. Auch der Ausschuss für Streikstrategie ist eine Einrichtung, die sich vielleicht der Methode, nicht aber dem Ziele nach von jenen militärisch strategischen Ausschüssen unterscheidet, die in Spanien arbeiten. Man sieht, in wie raffinierter Weise es Moskau versteht, sich in Kampf und Organisation der jeweils gestellten Aufgabe auf dem Gebiet der Volksverhöhnung anzupassen. Das beweist auch die gefährliche Art, in der hierzulande durch als harmlos getarnte Schriften und durch eine verdeckte Pressepropaganda die Volksseele vergiftet wird.

Vorläufig hat die Regierung in den Streik noch nicht offiziell eingegriffen, selbst als es blutige Kämpfe gab. Die Gefahr des Streiks bei General Motors liegt in dem Ueberpringen auf andere Industriezweige, entweder

automatisch infolge der starken Abhängigkeit der Autoindustrie von anderen Schlüsselindustrien oder auf Anordnung des Ausschusses für Streikstrategie. Am 1. Februar soll die Gewerkschaft der Stahlarbeiter in der Lewis-Organisation aktionsbereit sein. Im Kohlenbergbau müssen neue Arbeitsbedingungen festgelegt werden, da hier der Tarifvertrag abläuft. Daß Lewis auch in diesen Industriezweigen vor einer rücksichtslosen Einziehung seines Arbeitsmonopols nicht zurückstehen wird, darüber hat er in einer Rundfunkansprache schon im Juli v. Js. keinerlei Zweifel gelassen.

Kampf um eine Fabrik in Amerika

New York, 12. Januar. Die Versuche der Polizei, in Flint im Staate Michigan die Streikenden aus der Fisherbody-Fabrik zu vertreiben, sind bisher mißlungen, obgleich die Polizei bei ihren Angriffen Gasbomben und Maschinengewehre verwendete. Dreizehn Streikende wurden durch Schüsse verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der einzige Erfolg, den die Polizei bis Mitternacht erzielen konnte, bestand darin, daß sie die Heizung der Fabrikträumlichkeiten abstellte.

Die Streikenden bewarfen die Polizei während des Kampfes mit Flaschen, Eisenstücken und schweren Schrauben, so daß auch zwei Polizeibeamten verletzt wurden. Die Streikenden versuchten ferner, die Wirkung der Tränengasbomben mit Wasserstrahlen aus Feuerlöschschläuchen zu bekämpfen, ohne aber das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

Dem Kampfe wohnte eine tausendköpfige Zuschauermenge bei. Während der Angriffe der Polizei trafen auf dem Schauplatz auch der Gouverneur des Staates Michigan, der

Kommandeur der Nationalgarde und der Polizeichef ein. Die Polizei hält die Belagerung der Werke aufrecht und wartet auf die Lieferung von neuen Tränengasbomben, da ihr Vorrat verbraucht ist.

Die Nationalgarde in Flint mobilisiert

New York, 12. Januar. Die Streiklage in Flint, wo die Arbeiter der Fisherbody-Fabrik im Ausstand sind und sich sehr gewalttätig verhalten, wird dadurch ganz bedenklich verschärft,

daß Arbeiter der General-Motors-Fabriken, die ebenfalls seit langem im Ausstand sind, aus allen Teilen des Staates zu Fuß und in Lastwagen nach Flint strömen, um die Streikenden dort zu unterstützen. Der Gouverneur hat daher die Mobilisierung der Nationalgarde angeordnet und 1000 Mann nach Flint entsandt. Bei den bereits gemeldeten Zusammenstößen mit der Polizei wurden, wie jetzt bekannt wird, 19 Ausständische schwer verletzt. Die Streikenden haben sich mit Messern und Eisenstangen bewaffnet, um den Truppen und der Polizei entgegenzutreten.

Der türkische Außenminister über die Sandjak-Frage

Ungewißheit, aber Hoffnung auf eine befriedigende Lösung

Ankara, 12. Januar. Der türkische Außenminister Dr. Aras empfing am Dienstag ausländische Pressevertreter aus Ankara und Istanbul, denen sich zahlreiche türkische Kollegen und Abgeordnete unter Führung des Innenministers und der Beamten der Presseabteilung zugesellt hatten.

Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Außenminister über die gegenwärtige Lage in der Sandjak-Frage wie folgt: Die Türkei habe heute in Paris ihre letzten Vorschläge überreichen lassen und habe die feste Zuversicht, daß Ministerpräsident Blum die Frage eingehend prüfen und auch richtig sehen werde. Ob es ihm freilich gelingen werde, auch richtig zu handeln, müsse heute noch dahingestellt bleiben.

Die Lage sei völlig ungewiß. Sie werde erschwert dadurch, daß die Sandjak-Frage für die Türkei eine Frage des Lebens und

der Ehre der Nation, für Frankreich aber nichts anderes als eine Rechtsfrage sei.

Die Türkei habe bei ihren Forderungen stets auf eigenen Antrieb gehandelt und brauche keine fremden Einflüsse, um so beharrlich zu sein, wie sie es jetzt in diesem Falle sei. Was die türkische Regierung in der Angelegenheit der Öffentlichkeit mitzuteilen gehabt habe, sei in amtlicher und halbamtlicher Weise geschehen.

Der Außenminister schloß seine Ausführungen mit der Mitteilung, daß er bereits am Mittwoch auf dem Wege nach Genf die türkische Hauptstadt verlassen werde. Er sehe keinen Anlaß, vorher nach Paris zu reisen. Er scheide aber in der festen Hoffnung, daß eine befriedigende Lösung gefunden werde, nachdem man in Paris die Lage nunmehr richtig einschätzen gelernt habe.

Das Januarheft der „Deutschen Arbeit“

wird eingeleitet durch einen Beitrag „Von der Kraft des Volkstumsgebanens“, mit dem der Obmann des Deutschen Schulvereins Südmart in Wien, Ministerialrat Dr. Maximilian Mayer zum ersten Male nach dem Vertrag vom 11. Juli 1936 wieder in dieser Zeitschrift das Wort ergreift. Seine grundsätzlichen Ausführungen klingen aus in den Worten: „Wir glauben an den Wert und die endliche Durchschlagskraft ersten Verantwortungsbewußtseins ein Glaube, der vor allem in Zeiten großer Entscheidungen für konjunktur- und selbstgebundene, ja auch für rein ehrgeizbestimmte Haltung kein Verständnis haben kann, und wir sind beglückt, zu wissen, daß dieser Glaube zu tiefst in unserem Volkstum verankert ist.“

In einem weiteren Beitrag würdigt Carlheinz Oberacker die Verdienste des deutschen Fürsten Johann Moritz von Nassau-Siegen um die Kolonisation Brasiliens. Anlaß zu dem Aufsatz gab die 300. Wiederkehr des Tages, an welchem Moritz von Nassau, von der Portugiesischen Compagnie gerufen, brasilianischen Boden betrat. — In weiteren Aufsätzen behandelt das Heft das Deutschum Welthniens (Ernst Steiner), die Ergebnisse des nationalen Katasters der estländischen Deutschen (Werner Gier) und die Tatkraft der polnischen Organisationen in Oberschlesien. — Von den übrigen Beiträgen des Heftes sind neben dem Umhaug- und Nachrichten-Teil noch hervorzuheben die Wiedergabe des Briefes eines deutschen Militärkolonisten aus der Raffaria (mitgeteilt von E. R. Hennings) und einige lebensgeschichtliche Aufzeichnungen von Felix Kraus, Wien, anlässlich seines 50. Geburtstages, denen sechs Federzeichnungen und ein farbiger Einolsschnitt des Künstlers beigegeben sind (Verlag Grenze und Ausland, Berlin W. 30).

Deutsche Vereinigung Versammlungskalender

Ortsgruppen:

Reifen: Jeden Dienstag 20 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Ram. Kopsch-Kadyna.
Schroda: Jeden Mittwoch 19.30 Uhr: Mitgl.-Versammlung.
Witzsch: 13. 1., 20 Uhr: Licht.-Vortrag Heple: „Polens Landschaften, Städte und Volksstämme“ bei Roscher.
Larowo: 13. 1., 14 Uhr: Mitgl.-Vers. b. Keiner.
Kogalen: 13. 1., 19.30 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Tonn.
Kolmar: 14. 1., 20 Uhr: Licht.-Vortrag Heple: „Polens Landschaften, Städte und Volksstämme“ im Kino Metropol.
Bnin: 14. 1.: Mitgl.-Vers. in Radzewice.
Hindenwald: 14. 1., 19 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Bromund.
Gr.-Neuborf: 14. 1., 18 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Kramer.
Reinow: 14. 1., 17 Uhr: Mitgl.-Vers., Bildvortrag bei Redgiora.
Görschen: 15. 1., 19.30 Uhr: Mitgl.-Vers.
Radewitz: 16. 1., 18 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Goh.
Radewitz: 16. 1., 19 Uhr: Mitgl.-Versamml. bei Hauel in Pudewitz.
Sohnow: 16. 1., 19 Uhr: Mitgl.-Vers. im Heim Grütal.
Kojewo: 16. 1., 17 Uhr: Mitgl.-Vers. b. Schmidt in Kojewice.
Wreschen: 16. 1., 19 Uhr: Mitgl.-Versamml. bei Weizigkiewitz in Podwegier.
Graudenz: 16. 1., 20 Uhr: Mitgl.-Vers.
Dombrowahausland: 16. 1., 19 Uhr: Mitgl.-Vers.
Bromberg: 16. 1., 20.30 Uhr: Mitgl.-Vers. der berufstätigen Mitglieder im Elgum.
Radlowo: 17. 1., 17 Uhr: Mitgl.-Vers. b. Klettke.
Radlowo: 17. 1., 19 Uhr: Mitgl.-Vers.
Argenau: 17. 1., 17 Uhr: Mitgl.-Versamml. bei Drzewiecki.
Waldau: 17. 1., 17 Uhr: Mitgl.-Versamml. bei Glowinski.
Radlowo: 17. 1., 17 Uhr: Mitgl.-Versamml. bei Klettke-Gebowo.
Kulm: 17. 1., 15 Uhr: Mitgl.-Vers. im Vereinshaus.
Kroffen: 17. 1., 14 Uhr: Mitgl.-Vers. b. Schmidt.
Ritschenwalde: 17. 1., 16.30 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Riese.

Die nationale Erhebung vereitelte die Ausrufung eines spanischen Sowjetstaates

Eine objektive englische Darstellung

In der „Morning Post“ veröffentlichten Carl St. Aldwyn und H. G. F. Balfour, die kürzlich aus Spanien zurückgekehrt sind, eine objektive Darstellung der chaotischen Zustände, die in Spanien vor der nationalen Erhebung herrschten. Die beiden Verfasser erklären, daß es der größte Irrtum sei, zu glauben, daß es sich bei den Kämpfen in Spanien um Auseinandersetzungen zwischen sozialen Schichten handele. Man könne nur von einer nationalen Erhebung gegen Kommunismus und Anarchismus sprechen.

Es seien unüberlegte Beweise dafür vorhanden, daß am 30. Juli v. Js. die Kommunisten die Gewalt an sich reißen und einen spanischen Sowjetstaat ausrufen wollten.

Dieser kommunistische Plan wäre verwirklicht worden, hätte nicht General Franco mit den Nationalisten am 18. Juni zu einer nationalen Erhebung aufgerufen, um Spanien vor der kommunistischen Diktatur zu bewahren. Die nationale Erhebung vereitelte die Ausrufung eines spanischen Sowjetstaates.

Es wird mit diesem Bericht der englischen Öffentlichkeit endlich einmal eine ausführliche Schilderung der Zustände vor der nationalen Erhebung gegeben. Damals herrschte in ganz Spanien Rechtslosigkeit, fürchterliche Gewalttaten wurden begangen, Kirchen und Krankenhäuser zerstört. Die damalige Linksregierung habe keinerlei Schritte gegen die systematischen Verbre-

chen der Bolschewisten unternommen, ja, sie habe diese sogar dabei noch unterstützt. Die riesige Zahl der bolschewistischen Verbrechen, die in dieser Zeit verübt wurden, wird noch einmal in Erinnerung gebracht. Während einer kurzen Zeitperiode wurden 251 Gotteshäuser gestürmt und demoliert, 269 Menschen ermordet, 1287 verwundet, 138 bewaffnete Raubüberfälle verübt und nicht weniger als 146 Bombenattentate ausgeführt.

Insgesamt wurden unter den Linksregierungen etwa 1000 Kirchen zerstört.

Davon sind allein im Januar und Februar v. Js. 160 niedergebrannt worden. In den letzten Monaten vor der nationalen Erhebung sind von den bolschewistischen Agenten über 100 Generalkriegs- und über 200 Teilkriegs entseßt worden.

Der Artikel erschüttert dann gründlich die in England vielfach verbreitete Auffassung, daß es sich bei den damaligen Linksregierungen um Regierungen gehandelt habe, die dem Volkswillen entsprachen. Nicht im entferntesten hätten diese Regierungen die Bezeichnung „demokratisch“ verdient. Das Land sei vielmehr mit sowjetrussischer Propaganda übersät worden und kommunistische Zellen seien überall, auch in Heer und Marine, geschaffen worden, als Machsinstrumente des tatsächlichen Regenten des damaligen Spaniens, des Bolschewismus.

Deutsche Musik erobert Japan

Von Professor Graf Hidemaro Konoye,
Leiter des Philharmonischen Orchesters, Tokio.

Es ist mir eine besondere Freude, festzustellen, daß es deutsche Künstler — Dirigenten und Instrumentalisten — waren, die dem japanischen Volk das Wunder der deutschen Musik geoffenbart haben. Seitdem ist der Begriff Musik überhaupt in meiner Heimat von dem Begriff deutsche Kultur, deutscher Geist, nicht mehr zu trennen. Das Interesse für deutsche Musik wächst in Japan tatsächlich von Jahr zu Jahr.

Während sowohl schaffende als auch nachschaffende Musik in Japan europäischer Natur ist, liegen hier die Ursprünge völkisch-nationaler Musikpflege Jahrtausende zurück. Die alte japanische Musik stammt ursprünglich aus China, wo sie sonderbarermaßen heute selbst nicht mehr festzustellen ist. Ihr Grundelement ist die Fünftenleiter und ihr Klang ist eigentlich recht primitiv, obwohl er gerade einem europäischen Ohr besonders raffiniert erscheinen kann. Dem Ohr der älteren japanischen Generation, das an die Musik der Väter gewöhnt ist, klingen diese Tonkombinationen durchaus harmonisch. Hingegen wird europäische Musik von solchen Ohren gewissermaßen als fremdartig, bisweilen sogar auch als dissonierend empfunden. Die junge Generation Japans allerdings ist im Sinne eines europäischen Klangempfindens und durch die Schätze der europäischen Musikkultur so erzogen, daß sie zu der japanischen Volksmusik kein rechts Verhältnis mehr hat.

Vor etwa 30 Jahren wurde das erste europäische Orchester in Japan gegründet und zwar am Hofe des Kaisers. Seine Aufgabe war zunächst, vorwiegend Produkte glänzender Unterhaltungsmusik vorzutragen. Die beliebtesten Glanznummern waren Walzer von Johann Strauß und Ouvertüren in der Art von Rossinis „Wilhelm Tell“ und Kreuchers „Nachtlager von Granada“. Immerhin war dies der Anfang einer Erziehung zum Verständnis fremdartiger Musikeigenschaften. Im Jahre 1926 gründete ich das erste ständige Orchester in Japan, und zwar

das Philharmonische Orchester in Tokio. In der großen Stadthalle der japanischen Hauptstadt finden jetzt alljährlich zwanzig Abonnementskonzerte statt, sowohl unter meiner Leitung als auch unter der Leitung von Gastdirigenten. Es ist mein heißer Wunsch, in absehbarer Zeit das Philharmonische Orchester ausschließlich mit meinen Landsleuten zu besetzen, um so das praktische Musizieren endgültig japanischen Musikern aufzuschließen. Heute schon besitzt Japan sehr gute Holzbläser. In meinem Orchester gibt es verschiedene Deutsche, die mir als Beirater helfen und schätzen — so beispielsweise ist der Konzertmeister ein Deutscher. Ich beabsichtige, auch einige deutsche Bläser für mein Orchester aus Deutschland nach Japan mitzunehmen. Dennoch ist der Wunsch eines Japaners selbstverständlich, das erste ausschließlich japanische Orchester ins Leben zu rufen.

Die Programme der Philharmonischen Konzerte, die einen großen Publikumserfolg genießen, umfassen die Musikkultur der ganzen Welt. Es klingt vielleicht überraschend, daß die klassische Diatonik des deutschen Meisters Bach die japanischen Musikliebhaber hinreißt, und daß Bach neben Beethoven zu den Lieblingskomponisten des japanischen Publikums gehört. Aber auch Schubert, Mozart, Brahms, Bruckner — kurzum die ganze klassische und romantische Musikkultur Deutschlands — ist in Japan bekannt und beliebt. Das Verständnis für Richard Wagner hingegen hat sich bisher noch nicht recht durchgesetzt. Vielleicht liegt der Grund für das zum Teil mangelnde Verständnis der Wagnerischen Kunst darin, daß diese Kunst auch mit dem Wort und dem geistigen Inhalt der Wagnerdramen aufs engste verbunden ist. In den Programmen der Philharmonischen Konzerte kommt auch die moderne deutsche Musik zu Worte, wie ja überhaupt der Einfluß der deutschen Musikkultur in Japan in jeder Beziehung maßgebend ist.

Auch meine Gastspielreisen — ich befinde mich seit etwa zwei Jahren auf Gastspielreisen — stehen im Zeichen deutscher Kunst. Die Grundlage meiner Arbeit bildet die Dreieinigkeit Bach, Beethoven und Schubert. Während Bach meinen Geist beherrscht, Beethoven für mich als leuchtendes Vorbild der künstlerischen Ethik dient, schlägt mein Herz für Schubert. So ist auch mein Programm für die bevorstehende USA-Tournee zum größten Teil von deutschen Meistern beherrscht. Mein

erstes Konzert in Philadelphia wird ein Beethoven-Abend sein. Neben meiner Dirigententätigkeit gebe ich in meinem Heimatland auch Unterricht, ohne Entgelt, aber dafür stelle ich eine Bedingung: Meine Schüler müssen eine außerordentliche Begabung besitzen. Daß auch sie im Geiste der deutschen Musik erzogen werden, versteht sich von selbst.

Eine ständige Oper kennt Japan zunächst noch nicht. Japanische Gastspieloperntruppen führen Standardwerke des Weltopernspielplans auf, wie etwa Traviata, Carmen, Cavalleria und Bajazzo. In Konzertform sind wiederum deutsche Meisteroper — Figaros Hochzeit, Fidelio, Kreischütz und Tannhäuser — mit großem Erfolge von mir aufgeführt worden. Hier muß man bedenken, daß die Uebersetzung einer Oper ins Japanische auf große Schwierigkeiten sprachlicher Natur stößt. Dabei hören sich rein klanglich japanische Texte durchaus gut an, und zwar vor allem aus dem Grunde, weil die japanische Sprache meist nur Vokaltöne kennt; Konsonantenbildungen von zwei oder mehr Konsonanten sind in der japanischen Sprache unbekannt. Die Schwierigkeit der Uebersetzung besteht aber hauptsächlich darin, daß die Grundtöne der japanischen Sprache sich von denen der europäischen Sprachen wesentlich unterscheiden. So hat beispielsweise das einfache Wörtchen „ich“ 50 Ausdrucksformen auf japanisch. Die Ausdrucksform schwankt je nach der Persönlichkeit resp. dem Rang des Sprechenden. So hat das „ich“ eines Offiziers eine andere Sprachform als das „ich“ eines Beamten, das „ich“ einer Frau oder etwa das „ich“ des Kaisers. Die Ausdrucksform der Worte schwankt darüber hinaus je nach dem Zeitalter, in dem das Wort Verwendung findet. Die gewöhnlichsten Doernphrasen „Ich liebe dich“ hat auch 30 verschiedene Ausdrucksarten, je nach der sozialen Lage der Person, die der Vortragende zu verkörpern hat.

Die Aufführung von Wagnerwerken in Japan stellt ein besonderes Problem dar. Ins Japanische sind die Wagnerwerke schwer zu überlegen. Aufführungen in deutscher Sprache aber — was das Richtige wäre — sind dem japanischen Publikum schwer verständlich. So muß man sich eigentlich zunächst mit Konzentration begnügen. Aber schon die Darbietung der gewaltigen Tonbilder in dieser Form dient der Erziehung des Musikverständnisses der japanischen Nation.

2000	Pl.	Pl.	21 956,	33 007,	66 613,	80 913
81 576,	82 871,	83 238,	114 142,	128 835,	128 839,	
139 157,	147 057,	149 362,	170 636,			
10 0	Pl.	Pl.	128,	4047,	8036,	19 114,
31 140,	35 948,	37 477,	42 006,	53 003,		62 33
72 292,	73 457,	73 430,	79 524,	94 243,		105 86
108 723	110 859,	150 251,	156 805,	165 346,		171 12
172 370,	173 519,	182 157,	186 259,	193 374,		

Mogilno

eines Maschinenisten

Strelnø

Wollitein

Gneisen

Earn it

METROPOLIS

Vorführungen 4,45 - 6,45 - 8,45

Ein Film des Gesanges, der Musik und des Tanzes.

„San Franzisko“ weiterhin nur im Apollo.

Hohe Be'ohnung für die Ergrei ung des Kinde'mörders

Rempen

Bruder mord in Slupia

Radfahrer vom Auto ge'ötet

Ab Donnerstag

Kältewelle im amerikanischen Westen

20 Tote, 10 Millionen Dollar Schaden.

Schiffsunglück an der japanischen Küste

Pobiens

Santer

Schubin

Krotzichin

Zarotichin

Neue Fahrer bei Mercedes-Benz

Das Schidial von Refordpro'ollen

Ein Handwerker ohne

Zeitung

ist wie eine Werkstatt ohne Licht!

Die Aufgaben der polnischen Wirtschaft im Jahre 1937

Das Jahr 1936 hat für die Wirtschaft Polens schwerwiegende Ereignisse gebracht, die einen weitgehenden Wandel der Lage herbeigeführt haben und neue Aufgaben stellen. Die Entwicklung wurde vor allem durch die Einführung der Devisenbewirtschaftung gegen Ende des Monats April und danach durch die Aufgabe der starren Deflationspolitik des Staates zugunsten einer aktiveren Wirtschaftsbeeinflussung durch öffentliche Aufträge bestimmt. Es war schliesslich von Bedeutung, dass noch vor Ablauf des Jahres 1936 die Verhandlungen mit Frankreich über die Gewährung des Rüstungskrediten zum Abschluss gebracht wurden. Von den Bedingungen, welche durch diese drei wichtigsten Geschehnisse geschaffen worden sind, bleibt das Wirtschaftsleben Polens vorerst weiter abhängig.

Die Aufhebung der Freiheit des Devisenverkehrs — notwendig geworden durch die fortschreitende Verschlechterung der Handelsbilanz und eine sich immer rascher steigende Kapitalflucht — rascher steigende Kapitalflucht — schuf auf der einen Seite eine Sicherung der polnischen Währung und des noch verbleibenden Goldbestandes der Bank Polski. Auf der anderen Seite brachte sie eine Reihe grosser Erschwerungen für den polnischen Aussenhandel mit sich, der zwar schon vorher durch eine weitgehende Kontingentierung behindert war. Die Erwartungen, dass es mit Hilfe der Devisenbewirtschaftung möglich sein würde, der weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz entgegenzuwirken, haben sich nicht erfüllt. Es war nicht möglich, durch Beschränkungen der Devisenzuteilungen die Einfuhr zu vermindern. Man musste vielmehr auch weiterhin eine Steigerung der Auslandsbezüge ermöglichen, wenn man nicht die Gefahr auf sich nehmen wollte, durch eine Drosselung der Einfuhr die Rohstoffversorgung der Industrie in einem solchen Masse zu erschweren, dass dadurch die beginnende wirtschaftliche Belebung wieder gehemmt und ein neuer Rückschlag ausgelöst werden wäre. Die Beseitigung des freien Devisenverkehrs hat im Gegenteil teilweise sogar ein plötzliches Ansteigen des Devisenbedarfes zur Folge gehabt, da mit der Einführung der Devisenbewirtschaftung das Ausland die bis dahin gegen Kredit erfolgenden Rohstofflieferungen eingestellt und Barzahlungen verlangte.

Da eine scharfe Drosselung der Warenbezüge aus dem Auslande nicht ohne weittragende Folgen für die übrige Wirtschaftsentwicklung bleiben kann, hängt jetzt sehr viel davon ab, ob es möglich sein wird, eine Steigerung der Ausfuhr zu erreichen, welche dem erhöhten Einfuhrbedarf entspricht.

Dies ist von um so grösserer Bedeutung, als Polen unbedingt Sorge dafür tragen muss, einen grösseren Teil seiner Zinsverpflichtungen an das Ausland zu erfüllen, um seine Stellung gegenüber den wichtigeren Gläubigerstaaten nicht weiter zu verschlechtern. Man hat bei der Einführung der Devisenbewirtschaftung in Polen zwar zunächst noch die Zusicherung gegeben, die Bedienung der Auslandsanleihen aufrechtzuerhalten. Doch schon wenige Monate später sah man sich genötigt, den Auslandsgläubigern zu erklären, dass auch der Transfer für die Bedienung der Staatsanleihen eingestellt werden müsste. Bei diesen Massnahmen hat Polen aber nicht gegenüber allen Auslandsgläubigern in der gleichen Weise vorgehen können. So musste es vor allem im Hinblick auf den grossen Ausfuhrüberschuss, den es im Handelsverkehr mit Grossbritannien erzielt und der bei einer starren Haltung Polens sehr leicht gefährdet worden wäre, seinem eng-

lischen Gläubiger sogleich den Transfer der Kapitalzahlungen zusichern. Frankreich hat sich bei den Verhandlungen über den Rüstungskredit eine volle Verrechnung seiner neuen Anleihen gegenüber den fälligen Zahlungen Polens gesichert. Mit Italien konnte im Zusammenhang mit einem allgemeinen Verrechnungsabkommen eine besondere Regelung getroffen werden. Auch die holländischen Gläubiger scheinen von polnischer Seite befriedigt zu werden. Demgegenüber bestehen sehr grosse Schwierigkeiten gegenüber der Schweiz und den Vereinigten Staaten.

Es wird grosser Anstrengungen bedürfen, um eine stärkere Passivierung der Handelsbilanz zu vermeiden. Man ist bestrebt, durch stärkere Verwendung inländischer Erzeugnisse den Bezug von Auslandsprodukten zu verringern. Gewisse Erfolge sind hierbei auf dem Gebiete der Fettwirtschaft gemacht worden. Die Bemühungen, die inländische Erzeugung zur Entlastung der Einfuhr von Schrott und Erzen zu steigern, haben bisher noch keine greifbaren Erfolge gezeigt. In der Textilindustrie ist ebenfalls noch keine grössere Verwendung inländischer Faserstoffe erreicht worden.

Ein günstigeres Bild als die Entwicklung des Aussenhandels bietet die innere Wirtschaftslage. Die Investitionsbewegung, die im Frühjahr und Sommer 1936 deutlicher hervortrat, konnte auch dann noch erhalten werden, als zunehmende Verknappung an flüssigen Mitteln in der privaten Wirtschaft einen Rückschlag auszulösen drohte. Dies war dadurch möglich geworden, dass der Staat die vorher konsequent durchgeführte Deflationsspolitik mit der Vermeidung grösserer Aufträge aufgab und sich entschloss, zur Sicherung und Fortführung der wirtschaftlichen Entwicklung staatliche Investitionen in grossem Umfange durchzuführen. Für das kommende Jahr sind öffentliche Aufträge in Beträgen von mehr als 1/2 Mrd. Zloty vorgesehen.

Ein weiterer günstiger Umstand für die Entwicklung des polnischen Wirtschaftslebens ist die beginnende Besserung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft. Dank der günstigen Preisgestaltung auf den Auslandsmärkten und der Besserung der Absatzbedingungen im Inlande hat die polnische Landwirtschaft im abgelaufenen Erntejahr ihre Einnahmen sowohl aus dem Verkauf der pflanzlichen wie tierischen Erzeugnisse im Vergleich zu den letzten Jahren steigern können. Wenn damit die Kaufkraft der polnischen Landwirtschaft auch immer noch gering bleibt, so ist doch eine gewisse Auswirkung auf die Industrie festzustellen, die wieder etwas Absatz auf dem flachen Lande findet.

Börsen und Märkte

Posener Effekten-Börse

vom 13. Januar.	
5% Staatl. Konvert.-Anleihe	52.50 G
grössere Posten	52.00 G
kleinere Posten	46.25 +
4% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III)	46.25 +
8% Obligationen der Stadt Posen 1926	—
8% Obligationen der Stadt Posen 1927	—
5% Pfandbriefe der Westpolnisch. Kredit-Ges. Posen	—
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G.-Zl.)	—
4 1/2% umgestempelte Zloty-Pfandbriefe der Pos. Landschaft in Gold	47.00 G
4 1/2% Zloty-Pfandbriefe d. Pos. Landschaft Serie I	46.50 +
4% Konvert.-Pfandbriefe der Pos. Landschaft	41.25 +
Bank Cukrownictwa (ex. Divid.)	—
Bank Polski	107.00 G
Piechcin. Fabr. Wap. i Cem. (30 Zl.)	—
Tendenz:	behaupet.

Warschauer Börse

Warschau, 12. Januar.	
Rentenmarkt:	Die Stimmung in den Staatspapieren war veränderlich, in den Privatpapieren uneinheitlich.
Es notierten:	3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. 64.25, 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe II. Em. 65.25, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe Serie III 46.25, 7proz. Stabilisier.-Anleihe 1927 44.7, 4proz. Konsol.-Anleihe 1936 51—51.50—51.5, 5proz. Staatl. Konv.-Anleihe 1924 52.25 bis 51.50, 6proz. Dollar.-Anleihe 1919/1920 63.00, 7proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Rólny 83.25, 8proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Rólny 94, 7proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II—VII. Em. 83.25, 8proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 7proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II—III. Em. 83.25, 8proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 5 1/2proz. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5 1/2proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II—VII. Em. 81, 5 1/2proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5 1/2proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II—III. n. Em. 81, 5 1/2proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank IV. Em. 81.00, 4 1/2proz. L. Z. Tow. Kred. Ziem. der Stadt Warschau Serie V 48.50—48.25, 4 1/2proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau 53, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau 1933 54.75—54.50—55—55.25—55, 4proz. Gold-L. Z. Konv.-Anleihe P. Z. K. 39, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Czenstochau 1933 47, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Lodz 1933 49.25, VIII. und IX. 6proz. Konv.-Anleihe der Stadt Warschau 1926 56.50.
Aktien:	Tendenz uneinheitlich. Notiert wurden: Bank Polski 107.50, Wegiel 16.25, Ostrowiec 25, Starachowice 32.50—32.75.

Amtliche Devisenkurse

	12.1. Geld	12.1. Brief	11.1. Geld	11.1. Brief
Amsterdam	288.90	290.30	288.60	290.00
Berlin	211.94	212.78	211.94	212.78
Brüssel	89.07	89.43	89.02	89.38
Kopenhagen	115.61	116.19	115.51	116.09
London	25.96	26.04	25.87	26.01
New York (Scheck)	5.27 1/2	5.29 1/2	5.27 1/2	5.29 1/2
Paris	24.63	24.75	24.62	24.74
Prag	18.49	18.59	18.49	18.59
Italien	27.76	27.98	27.76	27.98
Oslo	130.07	130.73	129.97	130.63
Stockholm	133.52	134.18	133.47	134.13
Danzig	99.80	100.20	99.80	100.20
Zürich	121.10	121.70	121.10	121.70
Montreal	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—

1 Gramm Feingold = 5.9244 Zl.

Danziger Devisenkurse

Notierungen der Bank von Danzig
Danzig, 12. Januar. In Danziger Gulden wurden für telegraph. Auszahlungen notiert:

Getreide. Posen, 13. Januar 1937. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty für Station Poznań.

Umsätze:

Roggen 390 t zu 23 Zl.

Richtpreise:

Roggen	22.25—22.50
Weizen	27.00—27.25
Braugerste	24.75—26.25
Mahlergerste	21.00—21.25
" 667—676 g/l	22.00—22.25
" 700—715 g/l	23.50—24.25
Wintergerste	—
Hafer	17.50—18.00
Standardhafer	—
Roggenmehl 30%	33.50—34.00
I. Gatt. 50%	33.00—33.50
I. Gatt. 65%	31.50—32.00
2. Gatt. 50—65%	24.25—24.75
Schrotmehl 95%	—
Weizenmehl I. Gatt. 20%	44.00—45.00
IA Gatt. 45%	43.00—43.50
IB " 55%	41.50—42.00
IC " 60%	41.00—41.50
ID " 65%	40.00—40.50
IIA " 20—55%	39.00—39.50
IIB " 20—65%	38.25—38.75
IID " 45—65%	35.25—36.25
IIF " 55—65%	31.25—32.25
IIIG " 60—65%	—
IIIA " 65—70%	24.75—25.75
IIIB " 70—75%	21.75—22.75
Roggenkleie	15.50—16.00
Weizenkleie (grob)	15.50—16.00
Weizenkleie (mittel)	14.50—15.25
Gerstenkleie	15.25—16.50
Wintergerste	46.00—47.00
Leinsamen	42.50—43.50
Senf	30.00—32.00
Sommerwicke	—
Peluschken	—
Viktoriaerbsen	20.00—23.50
Folgererbsen	22.00—24.00
Blaulupinen	—
Gelblupinen	—
Serradella	—
Blauer Mohn	64.00—68.00
Rotklee, roh	80—100
Inkarnatklee	—
Rotklee (95—97%)	110—120
Weissklee	80—115
Schwedenklee	—
Gelbklee, entschält	—
Wundklee	—
Speisekartoffeln	—
Fabrikkartoffeln in Kiloprozent	—
Leinkuchen	23.00—23.25
Rapskuchen	18.50—18.75
Sonnenblumenkuchen	24.50—25.50
Weizenstroh, lose	1.90—2.15
Weizenstroh, gepresst	2.40—2.65
Roggenstroh, lose	2.00—2.25
Roggenstroh, gepresst	2.75—3.00
Haferstroh, lose	2.25—2.50
Haferstroh, gepresst	2.75—3.00
Gerstenstroh, lose	1.90—2.15
Gerstenstroh, gepresst	2.40—2.65
Heu, lose	4.30—4.80
Heu, gepresst	4.95—5.45
Netzeheu, lose	5.20—5.70
Netzeheu, gepresst	6.30—6.70

Stimmung: beständig.

Gesamtumsatz: 3976.4 t, davon Roggen 1635, Weizen 805, Gerste 170, Hafer 360 t.

Posener Viehmarkt

vom 12. Januar.

(Wiederholt aus einem Teil der gestrigen Ausgabe)

Auftrieb: 410 Rinder, 1614 Schweine, 624 Kälber und 250 Schafe; zusammen 2895 Stück

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	64—70
b) jüngere Mastochsen bis zu drei Jahren	54—58
c) ältere	48—52
d) mässig genährte	40—46
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	56—62
b) Mastbullen	50—52
c) gut genährte, ältere	44—48
d) mässig genährte	40—42
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	58—62
b) Mastkühe	54—58
c) gut genährte	40—44
d) mässig genährte	16—20
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	64—70
b) Mastfärsen	54—58
c) gut genährte	48—52
d) mässig genährte	40—46
Jungvieh:	
a) gut genährtes	40—46
b) mässig genährtes	38—40
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	80—86
b) Mastkälber	70—76
c) gut genährte	60—68
d) mässig genährte	50—56

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	60—66
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	50—56
c) gut genährte	48—50
Schweine:	
a) vollfleischige von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	94—98
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	90—93
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	86—88
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	80—84
e) Sauen und späte Kastrate	80—80
f) Fettschweine über 150 kg	—

Marktverlauf: normal.

Polnisches Verrechnungsinstitut

Die Polnische Telegraphenagentur teilt mit: In den nächsten Tagen erscheint im „Dziennik Ustaw“ eine Verordnung über das Statut des Polnischen Verrechnungsinstituts. Das Statut sowie das Dekret des Präsidenten der Republik vom 3. Februar 1936 sind grundlegend für die Tätigkeit des Verrechnungsinstituts.

Zum Präsidenten wurde Prof. Feliks Mirowski berufen. Zum Generaldirektor wurde der Regierungskommissar der Polnischen Kompensationshandels-gesellschaft, Abteilungsleiter im Ministerium für Handel und Industrie A. Sieben-eichen, bestellt.

Zum Aufgabenbereich des Verrechnungsinstituts werden gehören: die Ausführung der Aufgaben, die sich aus dem Verrechnungsabkommen Polens mit dem Auslande ergeben und zwar in einem vom Minister für Industrie und Handel bezeichneten Umfange und im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern, ferner bestimmte von der „Kommission für Warenverkehr“ übertragenen Aufgaben im Rahmen der Kontrolle des Warenverkehrs mit dem Auslande und der Freien Stadt Danzig.

Bisher wurde diese Tätigkeit von der Polnischen Kompensationshandels-gesellschaft (Zah) wahrgenommen. Die Uebernahme der Geschäfte durch das Verrechnungsinstitut erfolgt am 15. Januar 1937 und wird wahrscheinlich am 1. Mai 1937 beendet sein.

Kurze Nachrichten

Die chemische Fabrik „Boruta“ A.-G. in Zgierz hat die Erzeugung von Naphthylaminosulphonsäure 2,1 und von Aminonaphthylsulphonsäure 2,57 aufgenommen und ist in der Lage, den gesamten Inlandsbedarf zu decken.

Verantwortlich für Politik: Eugen Petrucci; für Lokale und Sport: Alexander Jursch; für Wirtschaft und Provinz: Guido Baehr; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Alfred Loake; für den übrigen redaktionellen Inhalt: Eugen Petrucci; für den Anzeigen- und Reklameteil: Haus Schwarzkopf. — Druck und Verlag: Concordia Sp. Akc., Druckkarnia i Wydawnictwo. Sämtliche in Poznań, Aleja Marszałka Piłsudskiego 25.

Die Verlobung ihrer Tochter
Brigitte
mit dem Landwirt
Erich Freiherrn von Lang zu Leinzell
in Schloß Leinzell (Württemberg) beehren
sich anzuzeigen
Bialoski, Kreis Niedzyców,
im Januar 1937
Carl von Rose
Sophie von Rose
geb. Freiin von Massenbach

Meine Verlobung mit Fräulein
Brigitte von Rose
Tochter des Herrn Oberregierungsrats a. D.
Dr. Carl von Rose und seiner Gemahlin
Sophie von Rose geb. Freiin von Massen-
bach in Bialoski Kreis Niedzyców be-
ehre ich mich anzuzeigen.
Schloß Leinzell (Württemberg),
im Januar 1937
Erich Freiherr von Lang zu Leinzell.

Umständehalber ver-
laufe nach Uebereinkom-
men in bester Lage
3 o p o t s gelegene
Buchhandlung
verb. m. Leihbücherei
Schreib- u. Papierwaren
Bewerber m. Fachkennt-
nissen bevorzugt. Über-
nahme 5-6 Wille er-
forderlich. Ang.
Zhea Stachowiak,
Boppot,
Gr. Unterführung Nr. 5.

**Richtig zugepaßte
Brillen und Kneiter**
vermitteln Ihnen klares und
anstrengungsloses Sehen
Gönnen auch Sie Ihren Augen diese Wohltat u. lassen Sie sich eine
gut passende Brille
anfertigen. — Exakte Ausführung aller optischen Gläserver-
ordnungen. Genaueste Augenprüfung und gewissenhafte fach-
männische Brillenanpassung.
H. Soerster Diplomoptiker
Poznań, ul. Fr. Ratajska 35.

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Buben zeigen in Dankbarkeit und
Freude an
Edda Klusak
geb. von Sierak
Dr. Gustav Klusak
Poznań, am 13. Januar 1937.

Gardinen Steppdecken Ausstattungen

Herrenwäsche
Damenwäsche
Kinderwäsche
Bettwäsche
Trikotagen
Berufskleidung
Strümpfe usw.

Stets in großer Auswahl
J. SCHUBERT
Poznań,
I. ulica Nowa 10 neben der Stadt-
Sparkasse. Tel. 1768
II. Stary Rynek 76 gegenüber der
Hauptwache
Telefon 1008.



errichten wir Ihnen sofort
und billigt an.
Buchdruckerei
Concordia Sp. Akc.
Poznań
Al. Marsz. Pilsudskiego 25
Telefon 6105 — 6275.

Lüchtiges, sauberes,
eheliches
Mädchen
mit guten Kochkennt-
nissen sucht sofort
Dish, Poznań,
Bukowka 15, Bohn. 5.



**KLEIN-
CONTINENTAL**
GEN.-VERTRETER
PRZYGOZKI, HAMPŁSKA
Poznań, ul. Św. Mielzyńskiego 21.

Dankagung.
Für die liebevollen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Heimgange unserer lieben
Mutter und für die zahlreichen Kranz-
spenden sagen wir allen, insbesondere
Herrn Konsistorialrat Fein für die trost-
reichen Worte unseren herzlichsten Dank.
Geschwister Fortuniak.
Poznań, Górczarska 1.

**Gemüse-
Blumen-
Feld-
Sämereien**
nar bester in- und ausländ. Züchtungen empfiehlt
Samen-Handlung
M. Hoffmann
Gniezno, Chrobrego 35. Tel. 39.

Werbeschriftwort (fest) 20 Groschen
 jedes weitere Wort 10 „
Stellungssuche pro Wort 5 „
Offertengeld für chiffrierte Anzeigen 20 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebeile werden übernommen und nur gegen
Vorweisung des Offertengeldes ausgeführt.

Verkäufe
Portland-Zement
in den Marken
„Byska“,
„Golejów“ usw.,
wasserdichten Zement
„Siccotit“
steht zu billigen Preisen
Landwirtschaftliche
Zentralgenossenschaft
Spółdz. z ogr. odp.
Poznań.

Lederwaren

Taschen-Koffer
kaufen Sie billig
nur bei
K. Zeidler, Poznań,
ulica Nowa 1.

**Haupt-
Treibriemen**
aus 1a Kamehaar
für
Dampfdrucksätze
alle Arten
Treibriemen
Klingerit
Packungen
Putzwolle
alle technischen
Bedarfsartikel
äußerst billig bei
Woldemar Günter
Landw. Maschinen-Bedarfs-
Artikel — Gela und Petze
Poznań
Sew. Mielzyńskiego 6
Tel. 52-25.

Friseur!
Komplette Friseur-
richtung verlaufe günstig.
Dobrowolskiego 38,
Fahrradgeschäft.
**Weisse
Woche**
günstige Gelegenheit
zum Einkauf
von
**Leinen
Ausstattungen**
Wäsche u. Leinenhaus
J. Schubert
Filiale:
ul. Nowa 10,
neben der Stadt-
sparkasse.
Telef. 1768.

Wichtig!
Billigste Bezugsquelle
sämtlicher Tapezierer-
Dekorations-Artikel; Pol-
sterwaren, Möbel-, Wa-
genzüge, Bindfaden,
Sattlergarn, Gurband,
Wagenpläne, Segelwä-
sche, Plinolen — Autoschlau-
fen und -Malen, Pferdebeden,
Füll.
Fr. Portek,
Poznań, Poczłowa 16.
Einkauf und Umtausch
von Rokhaar.

Zum Karneval
Strümpfe,
Seldewäsche,
Handschuhe,
Oberhemden,
Krawatten
sowie sämtliche Damen
und Herrenartikel
empfiehlt billigst
W. Trojanowski,
Św. Marcia 18, Tel. 56-57.

Bruno Sass
Juwelier
Gold- u. Silberschmied,
Poznań,
Romana Skymanskiego 1
(fr. Wienerstr.)
Anfertigung von Gold-
und Silberarbeiten in
gediegt fachmännischer
Ausführung
Trauringe
in jedem Feingehalt.
Annahme
von Uhr-Reparaturen.

Sattlerei - Lederwaren
Reparatur - Werkstatt
Gegr. 1852 Gegr. 1852
A. Jaensch
Inhaber: Otto Stemmer
Poznań Poczłowa 28

Trikotagen



Schützen Sie sich
gegen Kälte und Er-
kältungen durch zweck-
mäßige Unterbekleidung.
Herrn Lager sind gut sortiert.

J. Schubert
Leinenhaus
und Wäscheabrtik
Poznań

I. ulica Nowa 10,
neben der Stadt-
Sparkasse.
Telefon 1768

II. Stary Rynek 76
gegenüb. d. Hauptwache
Telefon 1008

Bau - Porzellan
Poznań-Solacz, Aleja
Bulskiego, Ede Meja
Bielkopolska, bebaut und
unbebaut, verkauft.
Kindler
Swierczewo v. Poznań 7
Telephon 6128.

Grundstücke

Gleisereigrunderstück
mitten im Ort gelegen,
sofort billig zu verkaufen
oder zu verpachten. Gute
Ertrags auch für jedes
andere Handwerk. Zur
Schriften an
Dekar Hirsborn,
Roth Tompał.

Heute neu

Die Woche
Ein Bildbericht zum Tag der Polizei
Die Gartenlaube
Die Hochzeitsfeier in Holland
**J. B. Illustrierter
Beobachter**
Die Rettung an der Watzmann-Ost-
wand und vieles andere mehr.

Die Braune Post
Man tanzt wieder Walzer in Wien.
Das Schwarze Korps
Der Stürmer
Im Buch- und Straßenhandel erhältlich
Auslieferung
K O S M O S-Buchhandlung
Poznań, Aleja Marszałka Pilsudskiego 25

Stellengesuche
**Lüchtiges
Einbrennmädchen**
sucht zum 1. Februar
Stellung. Zuschr. bitte
an die Geschäftsstelle d.
Btg. Poznań 3 unter
1577 zu senden.

Bech. Schmied
mit Fußbeschlagprüfung,
vertraut mit Drehschab,
sucht Stellung auf einem
Gut, oder auch Schmiede
mit Werkzeug zu pachten.
Gute Zeugnisse vorhan-
den. Off. u. 1579 an die
Geschäftsstelle dieser Btg.
Poznań 3.

Büchergeselle
auch in Konbitorarbeiten
bewandert, 23 Jahre,
nach der Militärzeit, sucht
zu sofort oder später
Stellung. Off. u. 1580
an die Geschäftsstelle d.
Zeitung Poznań 3.

Schmied
und Chauffeur, 28 J. alt,
ebg., sucht sofort ober
1. April Stellung als
Berbeirater. Geprüfter
Fußbeschlagsmied, firm
im Ebn. Maschinen-
drehschafführen, gute
Zeugn., polnische Spr.,
mündl., schriftl. Ange-
bote unter „Schmied“,
Drukaria Eisermann,
Leszno.

Suche
1. Beamtenstellung
zum 1. April oder früher.
Bin 30 J. alt, 12 Jahre
Praxis in intensiven
Betrieben. Letzte Stel-
lung Führ., selbständige
Verwaltung eines 2100
Morgen großen Gutes.
Aufgabe wegen restloser
Verzollierung. Offerten
unter 1574 a. d. Geschf.
bief. Zeitung Poznań 3.

Alteinnmädchen
ebgl., ehelich, zuverlässig
u. fleißig sucht Stellung
ab sofort oder später.
Offert. unt. 1571 an die
Geschf. bief. Zeitung
Poznań 3.

Ebgl.
Landwirtschaftlicher
23 J. mit etw. Koch- u. Näh-
kenntn. sucht Stellung. Gut.
Zeugn. vorhanden. Gef.
Offert. unter 1588 an die
Geschf. d. Btg. Poznań 3

Schlossergehelle
sucht Dauerstellung. Gute
Zeugnisse vorhanden. Off.
unt. 1570 an die Geschf.
bief. Zeitung Poznań 3.

Konditormeister
gute Zeugnisse, sucht
sofort oder später Stel-
lung. Offerten erbeten
unter 1559 an die Ge-
schäftsstelle dieser Btg.
Poznań 3.

Offene Stellen

Kindersfraulein
deutsch-polnisch, leichte
Rebenarbeit (1 Kind),
nach Warschau gesucht.
Beste Zeugnisse, Gehalts-
anprüche unter 1572 an
die Geschf. d. Zeitung
Poznań 3.

Teilhaber
für gute Vertretung so-
fort gesucht. Angebote
unter 1578 an die Ge-
schäftsstelle dieser Btg.
Poznań 3.

Suche zum 1. Febr.
oder später für 2 Per-
sonenhaushalt
Hausdichter
mit Kochkenntnissen. Be-
werbungen erbeten an
Olwig, Krotoszn,
Kollerei.

Suche Hausdichter
als Mithilfe in einer Land-
wirtschaft von 130 Hg.
Offert. unter Nr. 1568 an
die Geschäftsstelle d. Zeitung
Poznań 3.

Tiermarkt

**Junger, edler
Schäferhund**
zu kaufen gesucht. Ant-
wort mit Charakteran-
gaben, auch der Eltern,
unter 1581 an die Ge-
schäftsstelle dieser Btg.
Poznań 3.

Heilpferd
zugeritten und einge-
sprungen, 7-12 jährig,
zu kaufen gesucht. Off.
unter 1576 a. d. Geschf.
bief. Zeitung Poznań 3.

Kino
Maria Stuart
KINO GLORIA
27 Gruzia 14

Der Orlow
Eine schöne Operette
in deutscher Sprache
KINO SFINKS

Kinotheater „GWIAZDA“
Al. Marcinkowskiego 28
Ab Donnerstag, den 14.
d. M. der schöne, humor-
volle Wiener-Film in
deutscher Sprache

**Die Laune der Madame
Pompadour**
In den Hauptrollen:
Käthe von Nagy, Lea
Sizak, Willy Eich-
berger.

Heirat
Junger Landwirt, eb-
vermögend (20 000 zH),
sucht

Lebensgefährtin.
Ehrl. Einbeirat. Gefl.
Bildofferten unter 1568
an die Geschäftsstelle d.
Zeitung Poznań 3.

Verschiedenes

Umzüge
im geschlossenen
Möbeltransportauto
fährt preiswert aus
W. Memes Nachf.
Poznań,
Tama Garbarska 21.
Tel. 3356 2335.

Hebamme
Nowalewika
Łakowa 14
Hat und Hilfe bei Geburt
und in allen Fällen